

## Forststrukturreform – BDF aktiv

Es war wenig zu lesen in den vergangenen Ausgaben des BDF aktuell über die Aktivitäten des BDF im Prozess der Neuorganisation. Aber genau an diesen Aktivitäten lag es, dass wenig Zeit blieb, die Mitglieder zu informieren. Das Kartellverfahren ist noch nicht zu Ende, aber im Land hat die Neuorganisation der Forstverwaltung bereits begonnen. Eine Neuorganisation, welche die forstliche Welt verändern wird wie keine andere Reform der letzten Jahrzehnte. In diesem Prozess sind die Vertretung des Berufsstandes, die Vertretung der Interessen der Mitglieder und der Einsatz für die Belange einer umfassend nachhaltigen Waldbewirtschaftung wichtiger denn je! Der BDF vertritt seine Positionen im Hauptpersonalrat, im Landesforstwirtschaftsrat und in der sogenannten Abstimmgruppe im Rahmen des Neuorganisationsprozesses.

Am 18. Juli wird der Ministerrat über die Eckpunkte der Reform beraten. Das Ergebnis ist heute bei Redaktionsschluss nicht bekannt, ebenso wenig die Kabinettsvorlage selbst, wohl aber lässt sich die Richtung erkennen.

Lange vor der Etablierung einer Projektstruktur zur Erarbeitung von Eckpunkten und einer Umsetzungskonzeption konnten wir im Rahmen von zwei großen Regionalversammlungen bereits im Jahre 2016 Mitglieder und Interessierte mit Minister Peter Hauk zum Thema zusammenbringen und dem Minister unsere Positionen darlegen und mit ihm diskutieren. Eine unserer zentralen Forderungen dieser Konferenzen war, dass eine etwaige Neuorganisation nur zu einer Stichtagsregelung erfolgen dürfe, an der alle neu entstehenden Dienstposten und Arbeitsplätze den aktuell Beschäftigten bekannt sein müssen. Heute ist vereinbart, dass die Neuorganisation „aus einem Guss“ erfolgen soll.

Ein zweiter Punkt war damals die Sozialverträglichkeit der Umsetzung. Auch diese wurde seitens des Ministers zugesichert und wir freuen uns, dass auch der Landkreistag im März dieses Jahres dies zu einer zentralen Forderung seiner

offiziellen Mitteilungen gemacht hat und bis heute im Neuorganisationsprozess vertritt. Unsere Position, dass auch die Mitarbeitenden der Holzverkaufsstellen dieselben Chancen haben müssen wie die übrigen Beschäftigten, wurde dabei bereits übernommen. Wie dieser Eckpunkt der Sozialverträglichkeit konkret ausgestaltet werden soll, wird sich im Rahmen des Umsetzungsprozesses ab September zeigen. Für den BDF eine der Schlüsselfragen. Wir haben bereits jetzt die Forderung nach einem Interessenbekundungsverfahren erhoben. Perspektiven fordern wir für alle sich in der Trainee-Ausbildung befindlichen jungen Kolleginnen und Kollegen. Minister Peter Hauk hat zugesagt, dass für die Kreise keine Risiken bestehen, „auf Mitarbeitern sitzen zu bleiben“. Dies muss im kommenden Umsetzungsprozess konkretisiert werden und Zusagen für die Übernahme müssen wieder vom Ergebnis der Ausbildung und nicht von den gefühlten Unsicherheiten der Reform abhängig gemacht werden.

### Was sind unsere weiteren Positionen?

Der organisatorische Spielraum der Neuorganisation darf nicht durch pauschale Einsparauflagen eingeengt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass ein Transformationsprozess diesen Ausmaßes bereits vor Beginn mit einer dauerhaften strukturellen Einsparauflage von 6 Millionen Euro belastet wird, wie von der Landesregierung gefordert. Bei allem Respekt vor den übergeordneten Zielen der Neuverschuldung. Die Verwaltungsstrukturreform von 2005 hat ihre sogenannte Effizienzrendite von 20 % mit Synergien durch die Eingliederung in die Stadt- und Landkreise begründet. Jetzt wird genau diese Synergie durch die Herauslösung des Staatswaldes und die mögliche Trennung von Kommunal- und Privatwald aufgelöst und eine weitere, wiederum Effizienzrendite genannte Einsparauflage gemacht! 10 % des gesamten forstlichen Mitteleinsatzes im Landeshaushalt wären betroffen. Wir erinnern uns noch gut an die Zusage von Grün-Rot zur Stärkung der Forstwirtschaft, von der nichts umgesetzt wurde, sondern im Gegenteil im Rahmen des 1480er Programms der Mappus-Regierung weiter munter Stellen gestrichen wurden.

Gleichzeitig werden in den sogenannten Schwerpunktbereichen Tausende neuer Stellen geschaffen. Hier sind alle Aktiven und Pensionäre aufgerufen, ihren jeweiligen Abgeordneten die rote Karte zu zeigen. Das Geld muss im System bleiben. Dies ist uns der Wald im Land wert. Dafür kämpfen wir!

Ein weiteres heißes Thema wird es bei der Frage der Sachkunde geben. Der BDF duldet hier keine Absenkung, wie sie vor allem von der Forstkammer, dem Gemeindegtag und dem Städtetag gefordert werden. Sind nicht der vorbildliche Zustand unserer Wälder und die hervorragenden Wirtschaftsergebnisse der von uns betreuten Betriebe auch ein Ergebnis der guten Ausbildung, mithin der Sachkundevorgaben des § 21 LWaldG? Wer hier davon träumt, unter vermeintlichen Einsparmöglichkeiten wieder in ein System aus Forstwarten und Oberförstern zurückzuverfallen, macht die Bilanz zu früh! Die Zielrichtung ist vor allem gegen den höheren Dienst, der würde nicht in das kommunale System passen, doch der Kostenunterschied zwischen dem gehobenen und dem höheren Dienst ist gering, bezogen auf die zu betreuende oder zu leitende Fläche oder den zu verkaufenden Festmeter Holz. Also müssen andere Überlegungen dahinterstecken. Doch sind sich die Verbandsspitzen überhaupt sicher, dass ihre Mitglieder diese Standardabsenkung mitmachen wollen? Wir setzen uns weiter für die Bewahrung und Weiterentwicklung der Sachkunde ein. Natürlich wird es zu einer Diskussion um die hoheitlichen und betrieblichen Anteile der forsttechnischen Betriebsleitung kommen müssen. Aber damit ist doch nicht von vornherein verbunden, dass die Sachkunde sinken wird. Ist nicht eher das Gegenteil gerechtfertigt, wenn man an die Risiken der Liberalisierung denkt?

Und dass es für die Organisation der Betreuung von Wäldern in Revieren keine echten Alternativen gibt, ist für uns unumstößlich. Dies schließt Spezialisierungen und Funktionalisierung bei bestimmten Themen nicht aus, wohl aber eine modulartige Zerlegung aller Reviertätigkeiten in Baukastenform.

Die Anstalt öffentlichen Rechts für den Staatswald muss sich in ihrer Zielrichtung deutlich von der in Bayern unterscheiden. Wirtschaftliche und soziale und ökologische Ziele sind gleichrangig zu verfolgen. Eine einseitige Priorisierung der Ökonomie lehnen wir ab. Dies gefährdet die waldbauliche und die soziale Nachhaltigkeit. Der Austausch von forstlich ausgebildetem Personal muss weiter zwischen allen betrieblichen und hoheitlichen Ebenen möglich sein. Hierfür muss sich auch die AÖR ausschließlich auf die Beschäftigung von Beamten beschränken.

Und wenn die AÖR die Zahl der Ausbildungsstellen für Forstwirte nach ihrem eigenen Bedarf orientieren will, brauchen wir einen Pakt für Ausbildung, der regelt, dass die bisherigen Ausbildungsstellen ihre Kapazitäten weiter anbieten und hoch qualifizierte Facharbeiter ausbilden können.

Es würde zu weit führen, im Rahmen dieses Berichtes alle Positionen des BDF auszuführen. Wir arbeiten an vielen Baustellen und werden auf der Homepage ausführlicher berichten. Bleiben Sie mit uns in Kontakt und stellen Sie uns Ihre Fragen.

*Dietmar Hellmann*